

Antrag M03: Transatlantisch bleiben, europäischer werden.

Antragsteller/in:	KV Bruessel-Belgien
Empfehlung der AK:	Annahme
Sachgebiet:	M - Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung

- 1 Transatlantisch bleiben, europäischer werden.
- 2 Wir sind bedroht.
- 3 Russland ist zurückgekehrt zu seiner über 500 Jahre praktizierten Politik
- 4 territorialer Expansion, die es vom Moskauer Stadtstaat in das flächengrößte Land der
- 5 Erde verwandelt hat. Russland ist eine Nuklearmacht und verfügt über eine integrierte
- 6 und inzwischen kriegserprobte Armee von 1,5 Millionen Soldaten. Dazu kommen noch etwa
- 7 2 Millionen Reservisten. Seine Wirtschaft ist auf Kriegswirtschaft umgestellt.
- 8 Hybride Kriegsführung gegen den Westen findet täglich statt. Mehrere westliche
- 9 Geheimdienste haben gewarnt, dass ein russischer Angriff auf das Gebiet der
- 10 Europäischen Union und der NATO bis zum Jahr 2030 erfolgen könnte. Deutschland
- 11 befindet sich aktuell nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. In diesem
- 12 Befund waren sich die zu einer öffentlichen Anhörung am Montag, 13. Oktober 2025, vor
- 13 dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages geladenen Spitzen der
- 14 Nachrichtendienste des Bundes einig.
- 15 Die Vereinigten Staaten geben jetzt Asien und ihrem eigenen unmittelbaren Umfeld in
- 16 der Westlichen Hemisphäre militärisch Priorität. Sie erwarten, dass die Europäer
- 17 selbst die Hauptlast der konventionellen Verteidigung des Kontinents tragen.
- 18 Amerikanische Truppenreduzierungen in Europa sind zu erwarten und finden in Rumänien
- 19 bereits statt. Russland ist derzeit durch seinen Krieg gegen die Ukraine in seiner
- 20 Handlungsfähigkeit stark gebunden. Dies verdanken wir vor allem dem militärischen
- 21 Widerstand der Ukraine. Dieser Widerstand ist aber durch das Ende der
- 22 Unterstützungszahlungen und kostenlosen Lieferungen von Ausrüstung aus den USA
- 23 geschwächt.
- 24 Die Vereinbarungen des NATO-Gipfels von Den Haag mit dem 5%-Ausgaben-Ziel sollen die
- 25 in den letzten Jahrzehnten entstandene Lücke in der Verteidigungsfähigkeit Europas
- 26 über die nächsten 10 Jahre schrittweise füllen. Unter der Führung von Friedrich Merz
- 27 setzt Deutschland diese Vorgaben jetzt zügig um. Beschaffungen im
- 28 Verteidigungsbereich dauern allerdings bis zur Lieferung im Durchschnitt drei Jahre.
- 29 Russische Aggression, die Veränderung amerikanischer Prioritäten weg von Europa und
- 30 die nur langsam schließbare Lücke in unserer eigenen Verteidigungsfähigkeit als
- 31 Europäer stellen uns vor erhebliche Herausforderungen. Mitgliedstaaten, NATO und
- 32 Europäische Union müssen gemeinsam alles in ihrer Macht Stehende tun, um voll
- 33 verteidigungsfähig zu werden und Abschreckung wiederherzustellen im Wettlauf mit der
- 34 Zeit. Neben der Zusammenarbeit mit der NATO muss die EU ihre strategischen
- 35 Partnerschaften wie mit den Vereinten Nationen und regionalen Partnern intensivieren.
- 36 Auch im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes sind weitere Anstrengungen unter
- 37 Einbeziehung der regionalen Partner notwendig.

38 Wir stehen vor der gefährlichsten Dekade seit 1945.

39 **Auch die Europäische Union ist in der Verantwortung, ihren seit der ersten Trump-**
40 **Regierung begonnenen Weg zu einer strategischen Handlungsfähigkeit fortzusetzen.**

41 Wir begrüßen die bedeutenden Fortschritte, die die Europäische Union in den letzten
42 Monaten auf dem im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Weg zur Verteidigungs-Union gemacht
43 hat. Unter der Führung von Ursula von der Leyen wurden u.a.

- 44 • Finanzierungsinstrumente für nationale Rüstungsinvestitionen geschaffen
45 beispielsweise mit 150 Milliarden Euro im SAFE-Programm,
- 46 • Grundlagen für eine verbesserte militärische Mobilität in der EU gelegt,
- 47 • Maßnahmen für einen verbesserten Katastrophenschutz eingeleitet,
- 48 • ambitionierte Ausgaben im Bereich der Verteidigung von 131 Milliarden Euro für
49 die nächste mehrjährige Finanzplanung 2028-2034 auf den Weg gebracht,
- 50 • und European Defence Industry Programme (EDIP) zur Stärkung der europäischen
51 Verteidigungsindustrie beschlossen.

52 Wir unterstützen die erstmalige Benennung eines Verteidigungskommissars und die
53 Bildung eines ständigen Verteidigungsausschusses im Europäischen Parlament, womit die
54 EU begonnen hat, sich das notwendige institutionelle Instrumentarium für die neue
55 geopolitische Herausforderung zu geben.

56 **Entscheidungsfähigkeit erhöhen**

57 Die Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union im Bereich Sicherheit und
58 Verteidigung muss gesteigert werden. Schnellere Entscheidungen mit qualifizierter
59 Mehrheit sind dringend geboten, wenn wir nicht zum Spielball anderer Mächte werden
60 wollen. Die Europäische Union muss ihre Sicherheit und Interessen verteidigen können.
61 Wer sich nicht verteidigen kann, ist nicht souverän.

62 Wir fordern deshalb:

- 63 • Die Beistandsklausel in Art. 42.7 des Vertrages muss rechtzeitig operativ
64 ausgefüllt und in ihren praktischen Abläufen konkretisiert werden.
- 65 • Ein Europäischer Sicherheitsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten des
66 Europäischen Rates, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, ist jetzt
67 notwendig und sollte Großbritannien, Norwegen und die Ukraine einbinden. Der
68 Sicherheitsrat wird gebildet, sobald 15 Mitgliedstaaten der EU die
69 Ratifizierungsurkunde hinterlegt haben.
- 70 • Ein Europäisches Hauptquartier unter Führung des Vorsitzenden des EU-
71 Militärausschusses zur eigenen verbesserten Planung und Abstimmung mit der NATO-
72 Kommandostruktur sollte zügig vorangebracht werden.
- 73 • Ein Botschafter der Europäischen Union bei der NATO zur Information und
74 Abstimmung der Vertreter der Mitgliedstaaten der EU sollte berufen werden, um
75 den Europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken.
- 76 • Gemeinsame Analyse und Frühwarnfähigkeiten sind weiterzuentwickeln (SATCEN/EU
77 IntCent, EUMS Intelligence Directorate).

Jetzt gemeinsam tun, was nur gemeinsam effizient getan werden kann

Die aktuellen Investitionen in unsere Verteidigungsbereitschaft gehen an die Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit. Umso wichtiger ist es, durch mehr Wettbewerb und Größenvorteile Kosten zu senken, Effizienz zu steigern und Technologieführerschaft zu erreichen. Durch verstärkte Massenproduktion und Europäische Produktion können erhebliche Kosteneinsparungen erzielt und die Versorgungssicherheit verbessert werden. Eine eigenständige, leistungsfähige und innovative europäische Rüstungsindustrie ist das Rückgrat europäischer Sicherheit. Wir fordern deshalb:

- einen funktionierenden Europäischen Binnenmarkt für Rüstungsgüter statt im Wesentlichen nationale Beschaffung, gemeinsame Europäische Standards und die Anerkennung der Zertifizierung in einem Mitgliedstaat gültig für alle Mitgliedstaaten. Das ist auch entscheidend für die reibungslose Zusammenarbeit im Verteidigungsfall zwischen verschiedenen nationalen Streitkräften,
- eine gemeinsame Europäische Bedarfsplanung in enger Abstimmung mit der NATO,
- die Vereinfachung des bestehenden Regelwerks wie im Defence-Omnibus vorgeschlagen,
- Anreize für eine gemeinsame Europäische Beschaffung einschließlich eines Europäischen DARPA-Programms,
- einen Europäischen Drohnen-Wall,
- einen gemeinsamen Raketenschutzschirm,
- eine Cyberabwehr-Brigade und
- eine militärische Europäische Satelliten-Aufklärung.

Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden.

Begründung

Dieser Antrag wurde vom CDU-Bundesfachausschuss Starkes und souveränes Europa am 19. Dezember 2025 beschlossen. Der CDU-Auslandsverband Brüssel-Belgien bringt diesen Antrag inhaltlich unverändert ein für den Bundesfachausschuss. Rechtschreibfehler sowie Fehler im Layout wurden korrigiert.